

## Drei Orte der VG mit weniger Geld als Vorjahr

**Großbreitenbach** – Nach Protesten der Kommunen zum Kommunalen Finanzausgleich des Landes legte dieses nun im Januar neue Zahlen vor. Danach würden alle sechs Orte der Verwaltungsgemeinschaft Großbreitenbach besser gestellt. „Es ist kein Grund zum Jubeln, aber zumindest nicht das eingetretene, was Ende 2012 noch befürchtet wurde“, kommentierte gestern VG-Chef Andreas Beyersdorf die veränderten Zahlen.

Drei Orte stehen jetzt – bei Einberechnung des vorab geschätzten Steueraufkommens – im Plus gegenüber dem Vorjahr, beim zuletzt vorgelegten Zuweisungsentwurf waren das nur zwei: Friedersdorf +9 166 Euro statt nur +528, Gillersdorf +501 Euro statt -11 612 und Großbreitenbach +389 970 Euro statt +232 633. Auch Altenfeld, Böhlen und Wildenspring konnten ihren Etat-Vergleich zum Vorjahr nun aufbessern, haben aber für den künftigen Haushalt dennoch weniger Geld zur Verfügung: Altenfeld 15 172 Euro weniger (im Dezember wäre das noch ein Minus von 111 427 Euro gewesen), Böhlen 1 051 Euro weniger (Dezember noch -19 965), Wildenspring 10 579 Euro weniger (Dezember -21 518).

### Diese Philosophie missfällt

VG-Chef Beyersdorf kritisiert diesbezüglich, die Finanzpolitik des Landes habe inzwischen eine Art Philosophie des Vergleichens und je nachdem, ob sich Protest regt, werde reagiert. Besser wäre es, sagt er, von Anfang an mit den Kommunen zu reden.

Großbreitenbachs Bürgermeister Hans Jürgen Beier zeigte sich zufrieden mit dem Ausgang der kommunalen Proteste. Großbreitenbach hatte seinen Haushaltsbeschluss trotz deutlichem Plus im Dezember schon noch einmal vertagt. „Wir wussten zwar, dass wir keine Schlüsselzuweisungen bekommen, weil wir selbst eine gute Steuerkraft haben“, begründet er die Vertagung aber damit: „Wir wussten aber nicht, was sich ändern wird, wenn das Land nun noch einmal alles neu berechnet – deswegen mussten wir warten mit einem Beschluss.“ tom

### In Kürze

#### Der Holzeinschlag läuft in Großbreitenbach

**Großbreitenbach** – Der Holzeinschlag im Stadtwald von Großbreitenbach läuft. Das gab Bürgermeister Hans Jürgen Beier bekannt. An empfindlichen Stellen würde das beauftragte Unternehmen die Stämme auch teils mit Pferden aus dem Wald ziehen, um Wege so gut es geht zu schonen.

#### Gillersdorf lädt zu Fasching ein: „Wir stechen in See“

**Gillersdorf** – Zum Piratenfasching wird für 26. Januar und 2. Februar nach Gillersdorf eingeladen. Im Schwarzburger Hof findet am 23. Januar, ab 16 Uhr, noch einmal ein Kartenvorverkauf statt, wird mitgeteilt. Faschingsauftritt ist dann für Alt und Jung am 26. Januar, 16 Uhr, ab 15 Uhr gebe es bereits Kaffee und Kuchen; am 2. Februar ist 20 Uhr Büttabend. Der Kinderfasching folgt am 9. Februar, 15 Uhr.



Einmal im Jahr – zu Ostern – wird in Großbreitenbach gegen die Trasse marschiert. Die Netzbetreiber sollen lieber in Erneuerung vorhandener Trassen investieren, statt kostspielige neue Trassen zu bauen, heißt es von Kritikern der 380-kV-Leitung, die hier neu entstehen soll. Foto: Klaus-Ulrich Hubert

# Strompreisdebatte erreicht Großbreitenbach

Wer treibt die Strompreise, wird in Großbreitenbach gefragt. Die nach Studien unnötige 380-kV-Trasse soll nicht Vorwand für noch höhere Kosten sein, argumentieren Landrätin und Bürgermeister. Jüngste Studien klären auf.

Von Thomas Klämt

**Großbreitenbach** – „Die Energiewende muss der Bürger tragen“, „Die Energiewende kostet“ – so oder so ähnlich wird es dem Bürger seit dem Atomausstieg hierzulande suggeriert und in Großbreitenbach, wo eine zusätzliche 380-kV-Trasse wachsen soll, besonders sensibel verfolgt. Denn deren Gegner halten diese nach Gutachten zur Durchleitung von Windstrom aus dem Norden nicht nur für unnötig, sondern befürchten dadurch weitere Preistreiber. Bleibt doch zu erwarten, dass die Trasse-Kosten dem Verbraucher auferlegt werden, wie auch Großbreitenbachs Stadtchef Hans Jürgen Beier befürchtet.

### Kostenlose Quellen teurer?

„Ich frage mich, was da wirklich läuft?“, sagt Beier in einem Pressegespräch. Weshalb Energie aus Wind, Sonne oder Wasser teurer sein soll, als aus Kohle- oder Atomkraftwerken, erschließe sich ihm nicht. „Schließlich sind Sonne und Wind kostenlos“, im Gegensatz zu Kohle oder Kernspaltmaterial. Ist das Bauchgefühl, es könne gar nicht sein, dass Strom aus kostenfreien Quellen teurer ist als aus immer hochpreisiger gehandelten Rohstoffen, richtig?

„Ja“, sagt Swantje Küchler im Gespräch mit *Freies Wort*, „teilweise belegen wir das auch in unserer Studie. Strom aus Wind und Wasser sind heute schon billiger, als aus Kohle oder Kernenergie.“ Küchler ist Hauptautorin der Studie „Was Strom wirklich kostet“, die 2012 vom Verein Forum Ökologisch-Soziale Markt-

wirtschaft (FÖS) vorgelegt wurde und die feststellt: „Konventionelle Energien sind teurer als Wind und Wasser“. Demnach werde bei der Strompreisdebatte zwar die direkt in den Energiepreis fließende EEG-Umlage genannt, andererseits staatliche Förderungen von Kohle oder Kernenergie gerne vergessen. Doch da seien immense Summen geflossen, „die nicht im Strompreis enthalten sind“, sagt sie, großteils über Steuern.

### Unfairer Wettbewerb

Genau diese Verzerrung der Kostenfrage kritisierte das FÖS schon in einem „Konzept für die verursachergerechte Anlastung von Folgekosten der Atomenergie...“. Seit 1950 flossen demnach allein in die Kernenergie 60,8 Milliarden Euro Finanzhilfen, 64,8 Milliarden Steuervergünstigungen, sowie 39,1 Milliarden Förderwert staatlicher Regelungen. Noch einmal mindestens 7,7 Milliarden setzt die Studie als Folgekosten für die Kernenergie an – externe Kosten der Atomkraft, die faire Wettbewerbsbedingungen zwischen verschiedenen Energieträgern unterlaufen, heißt es und eigentlich den AKW-Betreibern auferlegt gehörten.

Auch die Studienautorin von „Was Strom wirklich kostet“ hat nachgerechnet, was an Förder-Geld bisher floss. Von 1970 bis 2012 waren das demnach 311 Milliarden Förderung für Steinkohle, 213 Milliarden für Kernenergie und 87 Milliarden für Braunkohle, sagt sie. Ein Großteil der wahren Kosten sei also gar nicht in den Preisen enthalten, der Bürger zahle das aber eben an anderer Stelle. „Das müssten Politiker endlich auch mal sagen“, so die Studien-Autorin.

Eine Politikerin, die es sagt, ist Landrätin Petra Enders, vom Großbreitenbacher Stadtrat mandatiert. Die Trasse weiter zu bekämpfen. Sie hält Aussagen, wonach Regenerative Energien teurer seien als Kohle- oder Atomstrom, für „Lügen. Man muss nur mal überlegen, was an Subventionen in den Atomstrom geflossen ist und was da noch an Kosten kommt bei tausenden Jahren Endlagerung“, argumentiert sie und will

mit einer Modellregion ILM-Kreis dezentrale Energielösungen an vielen Orten schaffen, um das Klimaziel zu unterstützen, „statt Energiekonzernen die Taschen zu stopfen“, denn die Energiepreise sind aus ihrer Sicht inzwischen „erheblich überzogen“.

Mit dieser Meinung steht Enders nicht allein. Energieintensive Firmen nutzen (umstrittene) Staatshilfen beim Strompreis – offiziell, um die EEG-Umlage abzumildern, die so großteils die Bürger allein tragen. Auch die Neue Glaswerke Großbreitenbach GmbH & Co. KG, ein energieintensiver Betrieb, sieht sich beim Strompreis auf Staats-Entlastungen angewiesen. „Ohne diese wären wir in den roten Zahlen. Wir reden da bei uns über Millionen“, erklärt Geschäftsführer Oliver Wiegand. Das Ganze sei international zu sehen, „wir arbeiten nahe an Polen und Tschechien. Dort gibt es das EEG nicht“, sieht er darin eine Wettbewerbsverzerrung für Unternehmer hier. Allerdings geht Wiegand Feststellungen mit, wonach die durch Erneuerbare Energien in den letzten Jahren tatsächlich gesunkene Energiepreise an Privatkunden nicht weiter gegeben werden. „Das trifft für private Haushalte zu, die bei einem Versorger abschließen“, sagt er und fügt hinzu: „Bei uns ist das anders. ... Wir kaufen in sogenannten Bändern direkt an der Börse und gelten wegen der hohen Abnahme als Grundlastverbraucher, der netzstabilisierend wirkt. Unser Preis schwankt enorm. Wir müssen aufpassen, zum richtigen Zeitpunkt einzukaufen.“

### Effizienzpolitik gefordert

Also sind die Regenerativen Energien tatsächlich gar nicht so kostenintensiv wie immer behauptet? „Nein“, sagt Studienautorin Küchler und belegt dies am angeblich so hohen EEG-Förderjahr 2012: „Lediglich 14 Milliarden machte die EEG-Umlage aus, hingegen 40 Milliarden die Unterstützung der konventionellen Energien.“

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), immerhin das größte Wirtschaftsfor-

schungsinstitut in Deutschland, stellt in seiner 2012-er Studie „...Auswirkungen des Atomausstiegs in Deutschland...“ fest: „Für den deutschen Großhandelsstrommarkt erhalten wir für das Jahr 2020 ausstiegsbedingte Strompreiseffekte von 0,2 bis 0,6 Eurocent ... bezogen auf Haushaltsstrompreise.“ Allerdings bekam mancher Verbraucher doch jetzt schon, nicht erst 2020, im Zuge der „Energiewende“-Debatte für das Jahr 2013 mehr als einen Cent Preissteigerung von seinem Anbieter abgebremst. Dabei wäre selbst moderate Erhöhung 2030 nicht einmal nötig, gäbe es ein echtes Energiemanagement in Deutschland, stellt doch die Studie an anderer Stelle fest: „Es zeigt sich jedoch, dass in Bezug auf die deutschen Großhandelsstrompreise eine erfolgreiche Energieeffizienzpolitik in der Lage ist, den Effekt des Ausstiegs zumindest auszugleichen.“

Die unabhängige Umweltschutzorganisation Greenpeace verweist auf die Studien-Feststellung: „Für das Jahr 2030 deutet sich sogar ein Preisvorteil des Atomausstiegs an: Flankiert von Stromsparmaßnahmen werde die Kilowattstunde 6,5 Cent kosten (im Großhandel – Anm.d.Red.), während der Preis bei weiter laufenden Atomkraftwerken und fehlender Energieeffizienz bei 7 Cent liege.“

### Magazin: Börsenpreis fällt

Wird der Bürger beim Strompreis also von marktbestimmenden Konzernen vorgeführt? Das Wirtschaftsmagazin „Makro“ (3Sat) stellte diesen Monat fest, „gebetsmühlenartig klagen die Unternehmen, der Ökostrom sei schuld“ und „Preissteigerungen werden mit der angeblich teuren Öko-Energie begründet. Tatsächlich sorgen die Erneuerbaren Energien an der Strombörse für sinkende Preise...“ Demnach seien Beschaffungspreise letzte vier Jahre sogar um 20 Prozent gefallen. Wäre das an die Verbraucher weitergegeben worden, hätte der Strompreis um 0,5 Cent sinken müssen. Für Industriekunden, so die Sendung, seien sie um drei Prozent gefallen, für Haushalte um über 20 Prozent gestiegen.

## Gemeinsame Schule wieder im Gespräch

**Großbreitenbach** – Die Gemeinschaftsschule Großbreitenbach, möglichst aus Grund- und Regelschule vereint, bekommt wieder Rückenwind. Kulturstatssekretär Roland Merten stattete der Einrichtung im Beisein von Landrätin Petra Enders einen weiteren Besuch ab, nachdem ein erster Besuch vor allem an anderen Fragen zur Bildungspolitik damals etwas aus dem inhaltlichen Ruder lief. Diesmal nun wurde in Aussicht gestellt, dass das Modell Gemeinschaftsschule zunächst auch ab der 5. bis 10. Klasse laufen könnte, also ohne Grundschule. Denn hier gab es zuletzt Befindlichkeiten, seitens der Regelschule waren sich Eltern und Lehrer weitgehend einig.

Bürgermeister Hans Jürgen Beier hatte erst jüngst im Stadtrat deutlich gemacht, dass eine Gemeinschaftsschule zum Standorterhalt nur von Vorteil sein könne. Nach dem jüngsten Treffen nun sagte er, „wir haben eine gute Chance!“ Diese betreffe auch die Variante, bereits die Grundschule mit einzubeziehen. Das sei alles freilich etwas aufwendig, aber es lohne sich, um Schülern der Region „die Möglichkeit zu bieten, auch künftig hier von der 1. bis zur 10. Klasse lernen zu können!“ Einen Zeitrahmen wollte Beier nicht nennen, er gab sich aber zuversichtlich, dass es nun weitere Gespräche geben werde, um das Vorhaben im Interesse aller anzugehen. tom

## Beier verwundert über Trassen-Aus

**Großbreitenbach** – Verwundert reagiert Großbreitenbachs Bürgermeister Hans Jürgen Beier auf die Euphorie von CDU-Bundestagsabgeordnetem Tankred Schipanski in Sachen Stromtrassen. Dieser feiere sich als Verhinderer einer zusätzlichen Trasse, die nun inzwischen wieder aus dem Plan genommen worden sei, reagierte Beier auf Äußerungen vom kürzlichen CDU-Schlachtfest. Dazu könne er nur feststellen, die Leitung, gegen die Bürger seit Jahren kämpfen, werde weiter gebaut: „Es ist schon erstaunlich: Wir kämpfen seit Jahren gegen die 380-kV-Trasse, da gibt es langwierige Prüfungen, Verfahren und gerichtsanhängige Klagen. Da sind massenweise Bürger dagegen, wir legen sogar Gutachten vor, die die Trasse als unnötig bewerten. Es führt kein Weg rein, den Bau zu stoppen. Und dann wird eine zusätzliche Trasse aufgelegt und Herr Schipanski kommt, spricht dagegen und binnen weniger Wochen ist die aus dem Plan verschwunden?“

### Inszenierung befürchtet

Da stelle sich die Frage, ob hier nicht bereits Bundestagswahlkampf und „politische Spielchen“ getrieben würden, „die ich absolut nicht leiden kann“, sagte Beier, der keiner Partei angehört. Er hoffe, dass die Bürger „nicht blind sind und wahrnehmen, was hier inszeniert wird“. Beier merkt an, wenn es möglich sei, solche Zusatztrasse zurücknehmen ohne Gutachten, Anhörungsrunden, ohne Klagen wie bei erstgeplanter Trasse und diese ursprüngliche „nun doch gebaut wird, dann war das mit der zusätzlichen alles nur inszeniert. Dann wurde nachgelegt, um sie von vornherein zurückzunehmen!“ tom

## Breitenbach-Rudolstadt-München und zurück: Truhe kehrt heim

Großbreitenbachs Kreativ-Museum ist um ein weiteres Unikat reicher. Die neue, alte Truhe ist über 200 Jahre alt und hat eine weite Reise hinter sich.

**Großbreitenbach** – Da strahlen die Augen von Großbreitenbachs Museumsleiterin Annelie Wilhelmi, zieht ein Lächeln über den Mund, als sie die beschaffte historische Truhe präsentiert: Wieder ist ihr ein Coup bei einem Internet-Auktionshaus gelungen. Dort agierte die engagierte Museumschefin entschlossen und gewitzt gegen alle Mitbewerber der Ver-

steigerung. „In den letzten zehn Sekunden habe ich so viel geboten, dass keiner mehr drüber kam“, sagt sie verschmitzt, „selbst auf die Gefahr, dass ich nun selbst was drauflegen muss“. Eine hohe dreistellige Summe wechselte den Besitzer und die Truhe ging auf Reise von München nach Großbreitenbach. Von dort kam das 1772 hergestellte Holz-Unikat auch, denn es ist eine echte Breitenbacher Truhe, erklärt Wilhelmi. Erkennbar sei das an den markanten drei Paar Halbsäulen, die an den Fronten Breitenbacher Truhen herausgearbeitet sind. Von 1607 bis 1870 sind solche Stücke hier nachweisbar, Familie Harrass sei einst eine solche Schreiner-Dynastie gewesen,



Die neue Truhe bei Übergabe-Unterzeichnung im Museum mit Annelie und Rüdiger Wilhelmi und H.J. Beier (v.l.) Foto: Klämt

es gab aber noch andere. Nun besitzt das Museum das zweite solche Stück. Zwar in der Farbgestaltung nicht mehr so eindeutig, soll die Truhe restauriert gezeigt werden. Immerhin hat sie einen

langen Lebensweg hinter sich. Genutzt wurden solch schwere Holztruhen einst zur Aufbewahrung der Aussteuer oder als Hochzeitsgeschenk.

Wenn die Truhe jetzt nach Großbreitenbach zurückgekehrt ist, dann kam sie auch ganz nahe an ihren langjährigen Aufenthaltsort zurück; Rudolstadt. Die Bieterin aus München stammte aus der Saalestadt, berichtet Wilhelmi, war der Arbeit nach Bayern nachgezogen und habe die Truhe nur schweren Herzens aus Platzgründen (2. Kind) abgegeben. Angekauft hat das Stück der Museums- und Heimatgeschichtsverein, dessen Vorsitzender, Rüdiger Wilhelmi, die Truhe Donnerstag der Stadt übergab. Er und Bürgermeister Hans

Jürgen Beier unterzeichneten einen Vertrag. Beier zeigte sich hochofrend über den Zuwachs: „Ich bin Annelie sehr dankbar, dass sie den Markt beobachtet. Die Truhe ist ein echtes Stück von hier und wertet das Museum auf.“ Wilhelmi betrachte das Museum vom wissenschaftlichen Standpunkt her, lobte Beier, „wir haben hier keine Heimatstube“. Sie investiere außerdem sehr viel Zeit ehrenamtlich. Annelie Wilhelmi räumte ein, dass Öffnungszeiten und Führungen den geringsten Teil ihrer Arbeit ausmachten. Stadtchef Beier ruff die Bürger auf, zu Hause zu schauen, ob sie selbst über so alte Truhen verfügen und über eine Leihgabe ans Museum nachzudenken. tom